

Protokoll - Arbeitstreffen am 03.04.2019 **Arbeitsgruppe des Runden Tisches „Wohnungslosenhilfe“**

Teilnehmende

- Arbeitskreis Soziale Brennpunkte Marburg e.V.
Sozialberatung: Walter Rösner
- Diakonisches Werk Marburg-Biedenkopf
Geschäftsführung und Vorstand: Ulrich Kling-Böhm
Fachbereichsleitung: Helmut Kretz
Fachberatung Wohnen: Jasmin Pfeiffer
Tagesaufenthaltsstätte: Kenneth Verhaal
- Gemeinnützige Wohnungsbau GmbH - GeWoBau
Abteilungsleitung – Wohnungsverwaltung: Matthias Knoche
Soziales Management: Gertrud Vogt-Euen
- GWH Wohnungsgesellschaft mbH Hessen
Geschäftsstelle Marburg, Gabriele Ahmadi
- Kulturloge Marburg e.V. und BV
Hilde Rektorschek
- Soziale Hilfe Marburg e.V.
Zentrum für Psychose und Sucht, Tanja Strobel
- Stadtverwaltung
Fachdienst Wohnungswesen, Obdachlosenangelegenheiten: Walter Schmidt
Fachbereich Planen, Bauen, Umwelt, Leitung: Walter Ruth (bis 10:15 Uhr)
Fachdienst Hochbau, Leitung: Oliver Kutsch (bis einschl. TOP 3)

Prozessorganisation und Moderation

- Stadtverwaltung
Fachdienst Soziale Leistungen, Sozialplanung: Monique Meier

Tagesordnung

TOP 1 - Begrüßung, Protokoll und Zwischenbericht 02/2019

TOP 2 - Aktueller Stand zur „Gisselberger Straße“

TOP 3 - Standortersatz für die Unterkünfte „Ginseldorfer Weg“

TOP 4 - Bericht von der Tagung „Hilfe für Frauen in Wohnungsnot“

TOP 5 - Sachstand zur gemeinsamen Statistik

TOP 6 - Probewohnen: Haushalt, Honorarmitarbeiter

TOP 7 - Verschiedenes und Ausblick

Anlage: Power-Point-Folien der Sitzung

TOP 1 - Begrüßung, Protokoll und Zwischenbericht 02/2019

- Begrüßung der Anwesenden durch Monique Meier und Vorstellung der heutigen Tagesordnung. Es gibt keine Einwände und Ergänzungen zur Tagesordnung.
- Eine Vorstellungsrunde folgt. Hilde Rektorschek nimmt als Gast zum TOP 4 teil.
- Das Protokoll der letzten Sitzung wird genehmigt. Dieses steht ebenso wie der Zwischenbericht online zur Verfügung: <https://www.marburg.de/wohnen>.
- Der Zwischenbericht zur Umsetzung des Wohnungslosenhilfekonzpts findet Zustimmung. Der Bericht gibt einen Überblick zum Stand Februar 2019.

TOP 2 - Aktueller Stand zur „Gisselberger Straße“

- Im bisherigen Prozess wurde besprochen, dass ein Neubau an dem jetzigen Standort in der „Gisselberger Straße“ als praktikable Lösung gesehen wird.
- Der Fachdienst Hochbau hat sich in den letzten Wochen auch noch einmal mit einem Bestandserhalt mit Erweiterung auseinandergesetzt, da das vorhandene Gebäude zwar zahlreiche Problemstellungen (feuchter Keller, Brandschutz-defizite, u.a.) aufweist, aber eine tradierte und gut akzeptierte Adresse für die Nutzer*innen ist und als Gebäude eine gute Gestaltung aufweist.
- Aufgrund des Flächenbedarfs (Raumprogramm) wäre ein Teilerwerb des Nachbargrundstückes von der Praxis GmbH notwendig.
- Oliver Kutsch berichtet zum aktuellen Stand „Gisselberger Straße“. Ein Gespräch mit dem Eigentümer des Nachbargrundstückes ist zwischenzeitlich erfolgt.
- Die Praxis GmbH erklärt sich bereit, Flächen zu verkaufen, würde jedoch gern im Gegenzug Flächen im Neubau nutzen. Die Prüfung durch den Fachdienst Hochbau hat ergeben, dass dies das Raumprogramm bei einer Bestandserweiterung überfordern würde. Es gab zudem den Vorschlag der Praxis GmbH, die Kleiderkammer vom jetzigen Standort „Am Krekel 45“ in die „Gisselberger Straße“ zu verlagern. Diese Idee bringt eine neue Variante hervor.
- Auf der Grundlage dieser neuen Situation stellt Oliver Kutsch drei Varianten vor:
 - 1) Anbau am jetzigen Standort in nördlicher Richtung und Sanierung des Altbaus mit Verbindungselement
 - 2) Abriss und kompletter Neubau am jetzigen Standort
 - 3) Neubau „Am Krekel 45“
- Die Varianten sind in den Folien 4 bis 11 dargestellt (siehe Anhang im Protokoll)
- Da bei Variante 3 „Am Krekel 45“ keine Interimslösung für die Angebote benötigt wird, wäre diese gut zu realisieren. Lediglich für die Kleiderkammer würde ein Interim gebraucht.
- Das Plenum sieht alle Varianten als positiv an. Die neue Option „**Am Krekel 45**“ **soll hinsichtlich der Umsetzungsmöglichkeiten geprüft werden**. Der Altbau stünde in diesem Fall für andere Zwecke weiter zur Verfügung.
- Die Eingliederungshilfe wird gefragt, ob sie auch Flächen in einem Neubau „Am Krekel“ nutzen würde. Am ursprünglichen Raumprogramm hat die EGH mitgearbeitet und Bedarf angemeldet. Die Sozialplanung nimmt Kontakt zur EGH auf.
- Die Variante „Am Krekel 45“ wird neben den anderen beiden verfolgt. Fachdienst Hochbau, bzw. Fachdienst Grundstücksverkehr wird eine Gesamtkostenbetrachtung durchführen und die Möglichkeit des Grundstücksankaufs von den Stadtwerken anfragen bzw. prüfen.
- Die Entscheidung ist abhängig von der Position der Stadtwerke und der Gesamtkostenbetrachtung der einzelnen Varianten.

TOP 3 - Standortersatz für die Unterkünfte „Ginseldorfer Weg“

- Als Ersatz für die jetzigen Obdachlosenunterkünfte konnte bisher weder ein Grundstück noch ein passendes Bestandsgebäude gefunden werden.
- Es hat hierzu ein Gespräch mit der GeWoBau stattgefunden. Im Ergebnis steht kein geeignetes Gebäude zur Verfügung. Auch eine Verteilung auf zwei bis drei Objekte der GeWoBau ist nicht realisierbar.
- Der Fachbereich Arbeit, Soziales und Wohnen schlägt daher die dauerhafte Nutzung der jetzigen Landesfeuerweherschule an der Umgehungsstraße nach deren Umzug vor.

- Im 1. Obergeschoss gibt es 15 Zimmer und sanitäre Anlagen sowie Gemeinschaftsräume und Büros. Die Grundrisse des Gebäudes werden in der Sitzung zur Ansicht herumgegeben.
- Zur Weiterverfolgung des Vorschlages müsste im nächsten Schritt der Sanierungsbedarf des Gebäudes geprüft werden. Die Sozialplanung hat dieses Vorgehen im Vorfeld mit Dr. Thomas Spies und Walter Ruth besprochen.
- Voraussetzung für eine Prüfung durch den Fachdienst Hochbau ist ein positives Votum der AG „Wohnungslosenhilfe“
- Ulrich Kling-Böhm gibt zu bedenken, dass in Cappel kein Gemeinwesenprojekt aktiv ist, so wie dies im Waldtal durch den AKSB erfolgt.
- Die soziale Akzeptanz in Cappel für Obdachlosenunterkünfte und die Menschen in den Unterkünften müsste vorab geklärt werden. Im Vorfeld wären Öffentlichkeitsarbeit/Info-Veranstaltungen/Gespräche notwendig und sinnvoll.
- Hintergrund: Es gab Umzugspläne des Wagenplatzes zum Eselsgrund in Cappel. Da dieser Umzug von den Stadtteilbewohner*innen nicht begrüßt wurde, haben sich die Mitglieder des Vereins „Gleis X“ gegen den Umzug entschieden.
- Grundsätzlich gibt es zu dem Vorschlag keine Einwände von den Mitgliedern der Arbeitsgruppe. Die Option soll geprüft werden.
- Oliver Kutsch spricht die Größe des Gebäudes und der Fläche an und weist auf mögliche zukünftige Mitnutzer*innen hin. Dies gilt es mit zu bedenken.
- Matthias Knoche regt an, aufgrund des erwarteten Sanierungsbedarfs parallel weiter nach anderen Standorten zu suchen.
- Kenneth Verhaal fragt nach, ob auch Neubauten mit vereinzelt Obdachlosenwohnungen denkbar wären. Matthias Knoche verweist hierzu auf die Hausgemeinschaften, welche dieses Vorhaben mittragen müssten.
- Die Mitglieder der AG sprechen sich für eine Prüfung der Umsetzbarkeit und des Sanierungsbedarfes der Landesfeuerwehrschule aus. Parallel wird nach weiteren Alternativen für die Obdachlosenunterkünfte gesucht.

TOP 4 - Bericht von der Tagung „Hilfe für Frauen in Wohnungsnot“

- Hilde Rektorschek hat gemeinsam mit Christine Amend-Wegmann vom Gleichberechtigungsreferat der Universitätsstadt Marburg an der Tagung „Hilfe für Frauen in Wohnungsnot“ am 25. und 26. März in Weimar teilgenommen.
- Veranstalter war die Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e.V.. Die diesjährige BAG W-Frauentagung beschäftigte sich mit den Herausforderungen einer frauengerechten Wohnungslosenhilfe.
- Hilde Rektorschek ist Gründerin der Kulturloge und seit 2010 Mitglied im Armutnetzwerk. Im diesem unterstützen sich Wohnungs-/Obdachlose bundesweit.
- Der 21.12. ist Tag der wohnungslosen Frauen. Frauen neigen dazu, ihre Not zu vertuschen und leben meist in „verdeckter Wohnungslosigkeit“. Die Dunkelziffer ist sehr hoch und eine bundesweite Wohnungslosenstatistik gibt es nicht.
- Zur Unterstützung wurden knapp 1.000 Unterschriften gesammelt und sollen noch in diesem Jahr der Familienministerin übergeben werden. Mehr als 100.000 Frauen leben deutschlandweit auf der Straße.
- In Marburg ist die Frauenbeauftragte bisher nicht in dieses Thema involviert. Aus diesem Grund fand die gemeinsame Teilnahme an der Tagung statt.
- Bei der Tagung wurde berichtet, dass seit Jahren der Anteil der wohnungslosen Frauen zwischen 20 und 30 % liegt. Die Tendenz ist steigend. Es sind auch immer mehr Frauen mit Kindern betroffen.

- Die Zeiträume, in denen Frauen in Einrichtungen verweilen, sind immer länger. Waren es in den 1990er Jahren noch ca. 2 Monate sind es heute bis zu 5 Jahre. Deshalb gibt es in vielen Einrichtungen auch keine speziellen Frauenräume für akute Notfälle. Das Gegenteil sei hier sogar der Fall: immer mehr Angebote werden abgebaut und eingestellt.
- Bei der Tagung wurde ein Angebot für wohnungslose Frauen in Bielefeld vorgestellt. Dies wird von einem Sozialmanager organisiert. Des Weiteren ging es um die Umsetzung der Istanbul-Konvention (Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt). Von den Teilnehmerinnen wurde das Einbeziehen der Frauenbüros als ein sehr wichtiger, unverzichtbarer Baustein eingestuft.
- Hilde Rektoschek regt an, spezielle Unterbringungsmöglichkeiten für Frauen (mit Kindern) einzurichten. Auch die Einrichtung einer Stelle eines Sozialmanagers sei überlegenswert. Anstelle von Runden Tischen müssten „Entscheidungstische“ eingerichtet werden.
- Matthias Knoche wendet ein, dass wir eine gute Unterstützungsstruktur in Marburg aufweisen können. Er zählt die zahlreichen Angebote von der Gemeinwesenarbeit, der Diakonie bis hin zur EGH auf.
- Helmut Kretz und Jasmin Pfeiffer verweisen daran anschließend insbesondere noch auf die Angebote der TAS und der Fachberatung sowie auf das Projekt „Krank auf der Straße“, das insbesondere von Frauen gut angenommen wird.
- Das Protokoll der heutigen Sitzung wird auch an Christine Amend-Wegmann versandt. Helmut Kretz spricht eine Einladung für einen Besuch der Angebote in der „Gisselberger Straße“ aus.

TOP 5 - Sachstand zur gemeinsamen Statistik

(Wohnungsnotfallstatistik, Koalitionsvertrag)

- Ziel ist eine gemeinsame Statistik, die für die Bedarfsplanung notwendig ist. Der Sachstandsbericht des Fachdienstes Wohnungswesen (Folien 14-19 im Anhang) wird in Vertretung für Gabi Mösbauer von Monique Meier vorgetragen.
- Im Koalitions-Vertrag-CDU-Grüne steht: „Wir werden eine Wohnungsnotfallstatistik in Zusammenarbeit mit den Kommunen und dem Statistischen Landesamt einführen, um die Situation und den Hilfebedarf in Zusammenhang mit Wohnungslosigkeit besser abschätzen zu können und ggf. Maßnahmen zur Vermeidung von Obdachlosigkeit (Wohnungssicherung) daraus abzuleiten.“
- Im Juni 2018 wurde vom Land angekündigt, dass die hessische Statistik über Wohnungslose Teil bundesweiter Erhebung werden soll (OP 06.06.18). Zeitgleich wird eine einheitliche Wohnungsnotfallstatistik vom Bund initiiert.
- Im September 2017 (siehe Protokoll 26.09.2017) wurde in der AG die Software „Notunterkunft- und Klientenverwaltung von vySoft NKS“ vorgestellt, um damit eventuell eine Gesamtstatistik führen zu können.
- [Die Diakonie in Nord-Hessen wird nun die Software „Consil“ einsetzen](#). Ulrich Kling-Böhm berichtet, dass Alexander Becker zurzeit eine Fortbildung zu diesem Thema besucht. Als „Power User“ ist er Ansprechpartner für „Consil“
- Die bundesweiten Anforderungen an diese Statistik sind auf Folie 16 aufgeführt und der Umfang der zu erhebenden Merkmale auf den Folien 17 und 18.
- Bisher ist nicht geklärt, ob wir eine eigene Software anschaffen müssen, um die Statistik für Marburg zu führen, und um diese dann an das Land weiterzuleiten, ODER ob jede Kommune und Institution einmal im Jahr aufgefordert wird,

die in den eigenen Listen aufgeführten Zahlen zu übermitteln. Dies ist aus dem Bereich „Wohngeld“ bekannt.

- Zur Klärung spricht Ulrich Kling-Böhm das Thema beim nächsten Treffen der Träger der Wohnungslosenhilfe an. Rückmeldung: nach aktuellen Informationen wartet das Land derzeit die Entscheidung im Bund ab. Im Bund gibt es einen Referentenentwurf, der bis zum Sommer verabschiedet werden soll. In diesem werden aber nur die stationären Unterbringungen erfasst, also städtisches Obdach, Notunterkunft, Unterbringung bei freien Trägern etc. Daran wird sich voraussichtlich auch das Land anlehnen. Es wird also voraussichtlich nur ein Ausschnitt erfasst.

TOP 6 - Probewohnen: Haushalt, Honorarmitarbeiter

- Zum 01.06.2018 wurde die erste Probewohnung in der Friedrich-Ebert-Straße bezogen. Die Wohnung wird von der GeWoBau zur Verfügung gestellt. Der Bewohnende war zuvor im Ginseldorfer Weg untergebracht. Eine positive Entwicklung spricht für den Übergang in ein reguläres Mietverhältnis.
- Ziel ist es, weitere Wohnungen anzumieten. Aktuell gibt es keine neuen Wohnungsangebote der Wohnungsbaugesellschaften.
- Walter Schmidt organisiert regelmäßig die Fallkonferenzen und führt die Warteliste im Fachdienst. Nach Einschätzung des Fachdienstes und den Teilnehmenden der Fallkonferenz kommen 5 bis 6 weitere Menschen für das Angebot in Frage.
- Die Mitglieder der regelmäßig tagenden Fallkonferenz haben den Personenkreis im Blick. Die nächste Fallkonferenz findet am 08. April 2019 statt.
- Monique Meier berichtet, dass 10.000 € zusätzliche Mittel für die „Wohnungslosenhilfe“ im Haushalt zur Verfügung stehen.
- Aktueller Stand am 08.04.2019: Zur Ausweitung des Angebotes und der Unterstützungsstruktur ist heute der Honorarvertrag zwischen der Stadt Marburg und Kenneth Verhaal geschlossen worden.
- Als Honorarmitarbeiter der Universitätsstadt Marburg wird Kenneth Verhaal ein detailliertes Unterstützungskonzept zum „Probewohnen“ ausarbeiten und bei der nächsten AG-Sitzung vorstellen. Parallel erfolgt die Unterstützung des Bewohners in der Fr.-Ebert-Straße zur Überleitung in das reguläre Mietverhältnis.
- Eine Ausweitung des Angebotes ist geplant. Der Fachdienst Wohnungswesen benötigt daher weitere Wohnungsangebote von den Wohnungsbaugesellschaften zum Probewohnen. Der Bedarf ist vorhanden.

TOP 7 - Verschiedenes und Ausblick

- Monique Meier beendet die Sitzung, verabschiedet die Teilnehmenden und bedankt sich für den konstruktiven Austausch.
- Das nächste Treffen der AG „Wohnungslosenhilfe“ findet am Dienstag, 25.06.2019 von 10:00 bis 12:00 Uhr in der Friedrichstraße 36 statt.
- Als Gast nimmt Gerlind Jäckle, Geschäftsführerin der Praxis GmbH (Gemeinnützige Beschäftigungs- und Bildungsgesellschaft) an der Sitzung teil.

Die Protokoll und Unterlagen der Arbeitsgruppe „Wohnungslosenhilfe“ sind über den folgenden Link abrufbar: <https://www.marburg.de/wohnen>

Anlage: Power-Point-Folien der Sitzung



**Arbeitsgruppe des
Runden Tisches
„Wohnungslosenhilfe“**

Arbeitstreffen am 03.04.2019

03.04.2019 Fachbereich Arbeit, Soziales und Wohnen Seite 1



Tagesordnung

- TOP 1 - Begrüßung, Protokoll und Zwischenbericht 02/2019
- TOP 2 - Aktueller Stand zum Neubau „Gisselberger Straße“
- TOP 3 - Standortersatz für die Unterkünfte „Ginseldorfer Weg“
- TOP 4 - Bericht von der Tagung „Hilfe für Frauen in Wohnungsnot“ (25. + 26.03. in Weimar)
- TOP 5 - Sachstand zur gemeinsamen Statistik (Wohnungsnotfallstatistik, Koalitionsvertrag)
- TOP 6 - Probewohnen: Haushalt, Honorarmitarbeiter
- TOP 7 - Verschiedenes und Ausblick

03.04.2019 Fachbereich Arbeit, Soziales und Wohnen Folie 2



TOP 2 - Aktueller Stand „Gisselberger Straße“

- Walter Ruth
Leiter des Fachbereiches Planen, Bauen, Umwelt
- Oliver Kutsch
Leiter des Fachdienstes Hochbau

03.04.2019 Fachbereich Arbeit, Soziales und Wohnen Seite 3



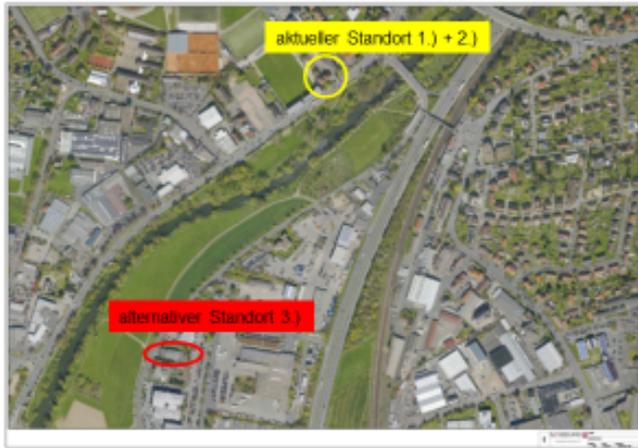
TOP 2 - Vorstellung der möglichen Standorte für die Wohnungslosenhilfe

- 1.) Gisselberger Straße 35/35A- Altbau mit Erweiterung
- 2.) Gisselberger Straße 35/35A- Abbruch und Neubau
- 3.) Am Krekel 45- Abbruch Bestandsgebäude und Neubau

Seite 4



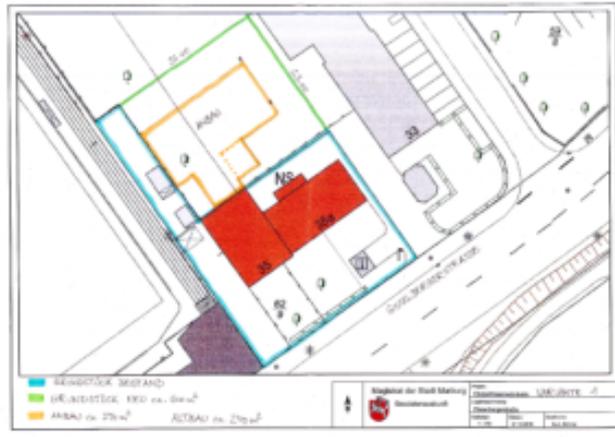
Übersicht



Seite 5

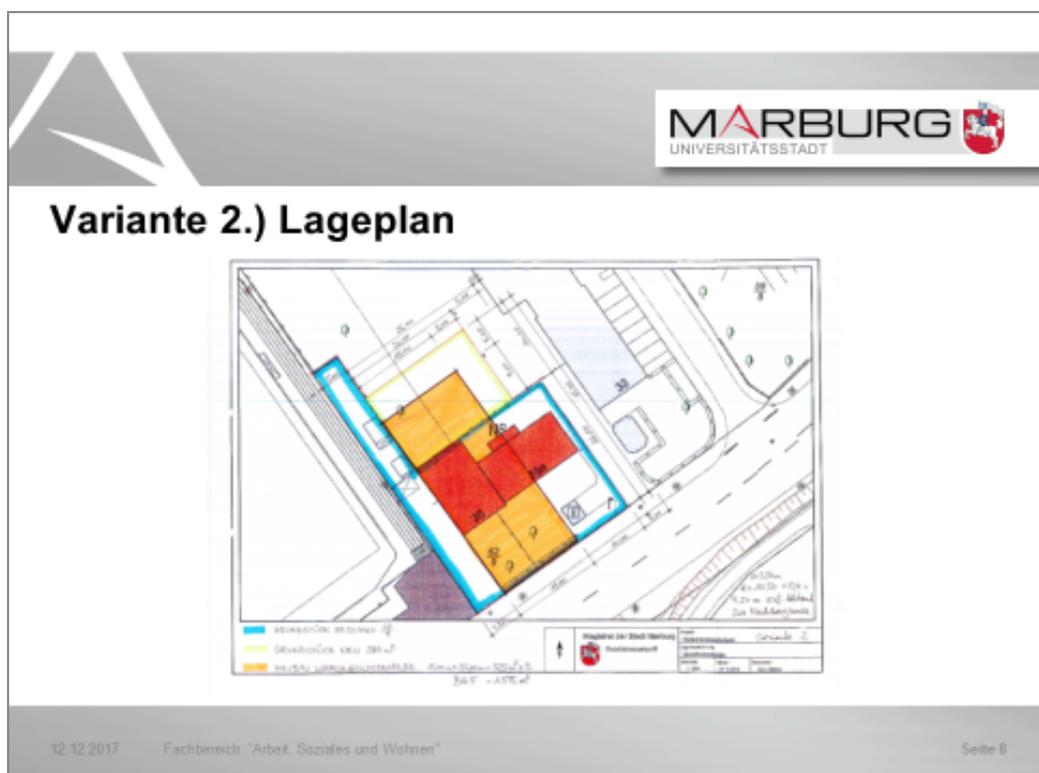
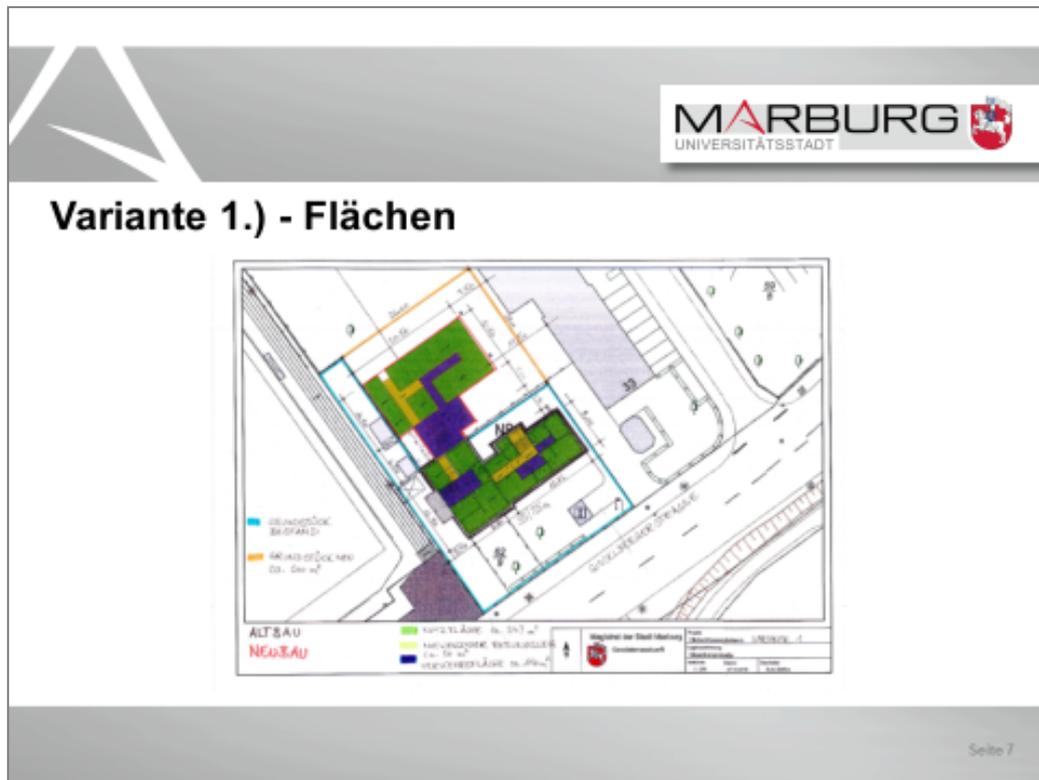


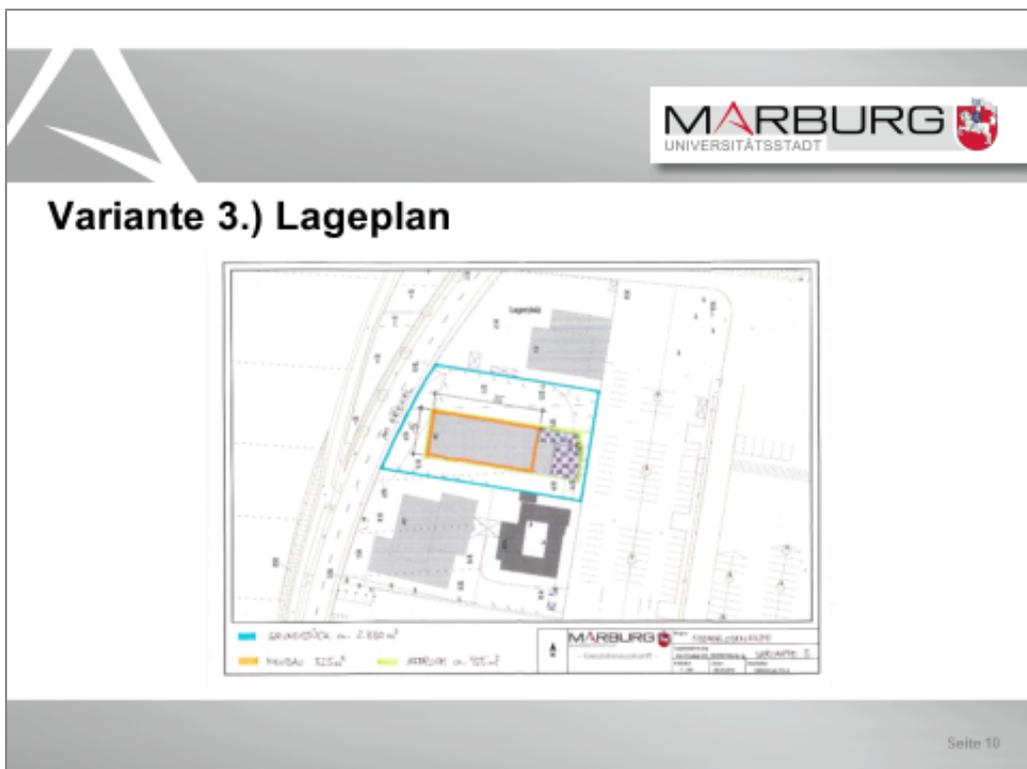
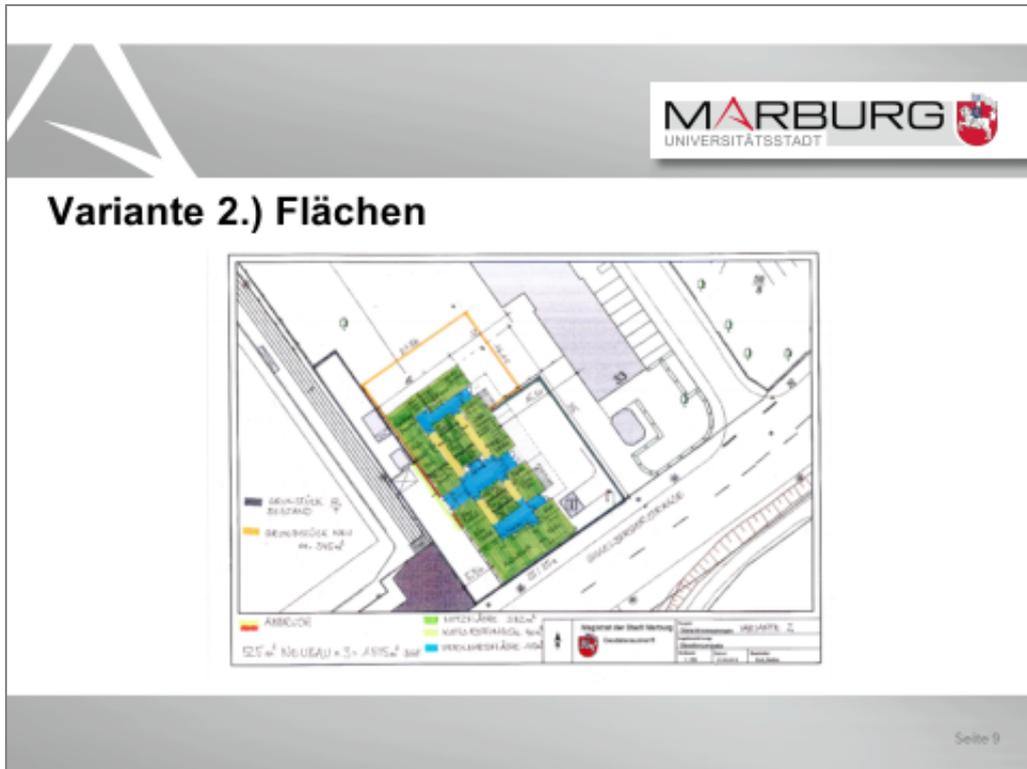
Variante 1.) Lageplan



■	bestandener Bestand		
■	Gründstück 1000 ca. 600m ²		
■	ANBAU ca. 270m ²		
■	ALTBAU ca. 270m ²		

Seite 6







TOP 4 - Tagungsbericht

- Bericht von Hilde Rektorschek
- Teilnahme an der Tagung „Hilfe für Frauen in Wohnungsnot“ am 25. und 26.03.2019 in Weimar
- Veranstalter: Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e.V. (BAG W)
- Die diesjährige BAG W-Frauentagung beschäftigte sich mit den Herausforderungen einer frauengerechten Wohnungslosenhilfe in Zeiten des Mangels an geeignetem und bezahlbarem Wohnraum.

03.04.2019 Fachbereich Arbeit, Soziales und Wohnen Seite 13



TOP 5 - Sachstand zur „Wohnungslosenstatistik“

- Ziel: gemeinsame Statistik für Bedarfsplanung
- Sachstandsbericht vom Fachdienst Wohnungswesen
- Koalitions-Vertrag-CDU-Grüne (21.12.2018 Auszug):

„Wir werden eine Wohnungsnotfallstatistik in Zusammenarbeit mit den Kommunen und dem Statistischen Landesamt einführen, um die Situation und den Hilfebedarf in Zusammenhang mit Wohnungslosigkeit besser abschätzen zu können und ggf. Maßnahmen zur Vermeidung von Obdachlosigkeit (Wohnungssicherung) daraus abzuleiten.“

03.04.2019 Fachbereich Arbeit, Soziales und Wohnen Seite 14



- Im **Juni 2018** wurde vom Land angekündigt: hessische Statistik über Wohnungslose soll Teil bundesweiter Erhebung werden (OP 06.06.18). Diese Statistik in Hessen ist die Konsequenz des Landessozialberichtes.
- Zeitgleich wird eine einheitliche *Wohnungsnotfallstatistik vom Bund initiiert*.
- Im **September 2017** (siehe Protokoll 26.09.2017) wurde in der AG die Software „*Notunterkunft- und Klientenverwaltung von vySoft NKS*“ vorgestellt, um damit eventuell eine Gesamtstatistik führen zu können.
- Die Diakonie in Nord-Hessen klärt derzeit, ob die Software „*Consil*“ eingesetzt wird, für Süd-Hessen wurde diese bereits eingeführt.
- Sofern „*Consil*“ eingeführt wird, könnte bei der Einrichtung der Software Einfluss darauf genommen werden, welche Auswertungen benötigt werden für die Gesamtstatistik.
- Über den Stand der Softwareeinführung ist momentan nichts bekannt.

03.04.2019 Fachbereich Arbeit, Soziales und Wohnen Folie 15



Bundesweite Anforderungen an diese Statistik

Abgrenzung des Personenkreises (Definition des Deutschen Städtetages):
 Wohnungsnotfälle sind Haushalte und Personen mit einem Wohnungsbedarf von hoher Dringlichkeit, die aufgrund besonderer Zugangsprobleme zum Wohnungsmarkt der besonderen Unterstützung zur Erlangung und zum Erhalt von angemessenem Wohnraum bedürfen. Hierzu gehören Haushalte und Personen, die:

- aktuell von Wohnungslosigkeit betroffen sind,
- unmittelbar von Wohnungslosigkeit bedroht sind,
- in unzumutbaren Wohnverhältnissen leben,
- als Zuwander*innen in gesonderten Unterkünften von Wohnungslosigkeit aktuell betroffen sind,
- ehemals von Wohnungslosigkeit betroffen oder bedroht waren, mit Normalwohnraum versorgt wurden und auf Unterstützung zur Prävention von erneutem Wohnungsverlust angewiesen sind.

03.04.2019 Fachbereich Arbeit, Soziales und Wohnen Folie 16



Umfang der zu erhebenden Merkmale

Für die Erhebung der Zahl der aktuell wohnungslosen Personen werden folgende sozio-demographischen Merkmale vorgeschlagen:

- Geschlecht und Alter
- Staatsangehörigkeit
- Aufenthaltsstatus
- Haushaltsstruktur
- Unterbringung/Unterkunftssituation
 - Im Bereich der nach Ordnungsrecht untergebrachten Personen ist zu unterscheiden nach der Unterbringung:
 - in kommunalen Obdachlosenunterkünften,
 - in Pensionen und Hotels, sowie
 - in Normalwohnraum (durch Wiedereinweisung nach Ordnungsrecht).
 Hierbei ist nach der Dauer der Unterbringung zu differenzieren: bis 3 Monate, über 3 bis 6 Monate, über 6 Monate bis 2 Jahre, länger als 2 Jahre)

03.04.2019 Fachbereich Arbeit, Soziales und Wohnen Folie 17



Zusätzlich soll in der Statistik aufgeführt werden

Von Wohnungslosigkeit bedrohte Personen und Haushalte:

- jährliche Erfassung der Zahl der von Wohnungslosigkeit bedrohten Personen und Haushalte
- Standarddatenset mit folgenden Abfragen wird vorgeschlagen:
 - Erfassung der Räumungsklagen und Räumungsurteile (als Jahresgesamtzahl), direkt bei Amtsgerichten zu erheben
 - Mitteilungen der Gerichtsvollzieher zu angesetzten und vollstreckten Zwangsräumungen erfassen

Die Erfassung der Jahresgesamtzahlen sollte so erfolgen, dass eine Differenzierung der Daten nach Alter, Geschlecht, Staatsangehörigkeit und Aufenthaltsstatus sowie Haushaltsstruktur möglich ist.

03.04.2019 Fachbereich Arbeit, Soziales und Wohnen Folie 18



Offene und zu klärende Fragen

➤ Müssen wir eine eigene Software anschaffen, um die Statistik für Marburg zu führen, und um diese dann an das Land weiterzuleiten?

Oder

➤ Wird jede Kommune und Institution einmal im Jahr aufgefordert, die in den eigenen Listen aufgeführten Zahlen zu übermitteln? (Dies ist aus dem Bereich „Wohngeld“ bekannt. Dort erfragt das Ministerium die einzelnen Wohngelddaten zu bestimmten Bereichen, die im Fachdienst Wohnungswesen in einer Excel-Liste geführt werden.)

03.04.2019 Fachbereich Arbeit, Soziales und Wohnen Folie 19



TOP 6 - Sachstand zum Angebot „Probewohnen“

- Bericht vom Fachdienst Wohnungswesen
- Fallkonferenzen finden regelmäßig statt
- Ziel: weitere Wohnungen anmieten
- Warteliste im Fachdienst
- 10.000 € zusätzliche Mittel für die „Wohnungslosenhilfe“
- Vertrag mit Honorarmitarbeiter
- Ausarbeitung eines detaillierten Unterstützungskonzeptes

03.04.2019 Fachbereich Arbeit, Soziales und Wohnen Seite 20



TOP 7 - Verschiedenes und Ausblick

- Folgetermin vor den Sommerferien 2019
- Gast: Gerlind Jäckle, Geschäftsführerin der Praxis GmbH, Gemeinnützige Beschäftigungs- und Bildungsgesellschaft Gisselberger Straße 33
- Doodle-Abfrage zur Terminfindung folgt

03.04.2019 Fachbereich Arbeit, Soziales und Wohnen Seite 21



Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Unterlagen und Protokolle können über den folgenden Link abgerufen werden:

www.marburg.de/wohnen

03.04.2019 Fachbereich Arbeit, Soziales und Wohnen Seite 22